



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1.— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Preistabelle 20 Pfennig, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Tariffschäden. — Warum sind die Arbeiterinnen so schwer für die Gewerkschaft zu gewinnen? — Feuilleton: Darwin (Schluß). — Rundschau. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. — Anzeigen.

Beilage: Endlich! — In die gesamte Arbeiterchaft Deutschlands! — Die Gewährung der Heilmittel seitens der Krankenkassen. — Korrespondenzen (Cassel, Danzig, Halle a. S., Köln a. Rh., Metz, Schwabach, Trier, Zwickau). — Literatur.

Tariffschäden.

Die Bedeutung unserer Tarifgemeinschaft haben wir an dieser Stelle wiederholt gewirbt und Gelegenheit genommen, der Kollegenschaft die Vorteile vor Augen zu führen, die uns das Zustandekommen der „Allgemeinen Bestimmungen“ gebracht haben. Aber wie jedes Ding seine zwei Seiten hat, so auch unser Tarif. Der Leiter unserer größten Zahlstelle hat in Nr. 5 der „Solidarität“ das Wort ergriffen, um auf Grund seiner bisher gemachten Erfahrungen die Rehrseite der Medaille zu beleuchten. In seinem Artikel „Die Schädigungen des § 2 der allgemeinen Bestimmungen“ hat Kollege A. M. ein Urteil über diesen Teil des Tarifes gefällt, das wir im großen ganzen als vollkommen berechtigt anerkennen müssen. Wir können die Verallgemeinerung, mit welcher der Verfasser seine Ausführungen einleitet, indem er sagt, „dass Tarife . . . nur Vorteile für Lohn und Arbeitszeit bringen, nie aber Verbesserung des Arbeitsverhältnisses selbst“ nicht unterschreiben, weil es tatsächlich Tarifabschlüsse gibt, welche wie z. B. der deutsche Buchdrucker- und der Chemigraphentarif auch die Arbeitsweise bis ins kleinste Detail regeln. Aber soweit dieser Satz auf unser Tarifverhältnis Anwendung findet, ist er berechtigt. Der ominöse § 2 birgt für das Hilfspersonal der Großbetriebe nur Verschlechterungen in sich. Vor dem Tarifabschluß ging nämlich das Bestreben der Organisation nicht nur dahin, die Löhne zu erhöhen sowie die Arbeitszeit zu verkürzen, sondern auch die Arbeitsverhältnisse der Mitglieder so zu gestalten, daß eine übermäßige Ausbeutung derselben möglichst verhindert wurde. So war es in einer ganzen Reihe von Betrieben möglich, in Vereinbarungen, die mit den Geschäftsleitungen getroffen wurden, festzulegen, welche Anzahl von Personen bestimmte Maschinen zu bedienen haben. Ferner war es möglich, die Arbeiten verschiedener Kategorien so abzugrenzen, daß jeder einzelne nur jene Funktionen verrichtete, für die er entlohnt wurde. Freilich, sehr erbaut von solchen Einführungen waren die Herren Prinzipale nie. War es ihnen doch in den meisten Fällen verlag, mit möglichst geringem Personalstand große Profite zu erzielen und andernteils den Arbeitsmarkt so überfüllt zu sehen, daß die Löhne unterboten werden konnten.

Dies sollte sich bei der Einführung der „Allgemeinen Bestimmungen“ mit einem Schlage ändern. Das Hilfspersonal hat allen Anordnungen Folge zu leisten — das Hilfspersonal hat alle

Arbeiten zu verrichten — das Hilfspersonal darf sich nicht wehren, sondern es kann klagen. Und wenn es klagt — na, dann beginnt dieselbe Litanei von vorn und im übrigen „steht nichts in dem Tarif, daß das Arbeitsverhältnis nicht verschlechtert werden darf“. Das ist der ständig wiederkehrende Refrain in den Schiedsgerichtssitzungen. Man kann angefaßt dieser Momente begreifen, wenn dem Leiter der Berliner Zahlstelle manchmal die Galle überläuft und um so verständlicher wird der Unmut, wenn man sich die biedereren Versprechungen, die uns in Leipzig bei der Tarifberatung gemacht wurden, betrachtet. Es soll nichts „verschlechtert“, nichts „verallgemeinert“ werden, „hindern Sie die Einführung solcher Bestimmungen in der Provinz nicht, denn es sind Verbesserungen für dieselben!“ So rief Kommerzienrat Bürgenstein unseren Vertretern zu. Und man soll denken, einem Wort aus solchem Munde kann man trauen. Wir sehen uns aber getäuscht. Nicht daß wir behaupten wollen, es hätte in der Absicht dieses Mannes gelegen, uns bewusst „reinzulegen“, aber die Tatsache steht fest, daß der § 2 einzig und allein für Berlin und die hiesigen Großbetriebe zugeschnitten ist. Kollege A. M. hat verschiedene Fälle angeführt, durch welche die obige Behauptung bestätigt wird. Und der aufmerksame Leser der ständig erscheinenden Berichte über die Verhandlungen des Berliner Schiedsgerichtes wird solche Fälle mehr kennen gelernt haben.

Wenn wir bis jetzt über diesen Punkt geschwiegen haben, so deshalb, weil man der Meinung sein konnte, es handelt sich um Einzelfälle, die auf die allgemeinen Verhältnisse keinen so nachhaltigen Einfluß ausüben können. Seitdem wir aber leider die Beobachtung machen müssen, daß seitens der Prinzipale System in die Sache gebracht wird, müssen wir dagegen energisch Front machen.

Bei allem Respekt vor unserem Tarifgesetz und vor den rechtsprechenden Instanzen sind wir doch nicht in der Lage, uns resigniert in das Unvermeidliche zu fügen. Und wenn Kollege A. M. am Schluß des Artikels sagt: „Allem Anschein nach werden wir diesen Kelch wohl bis zur Reize leeren müssen“, so glauben wir aber, daß so solcher Resignation keine Ursache vorliegt. Allzu scharf macht scharf! Dieses Wort mögen sich die Berliner Prinzipale gesagt sein lassen. Es ist ihnen allerdings der geschickte Schachzug gelungen, die Maschinenmeister einiger Berliner Druckereien für ihre Interessen gegen das Hilfspersonal gefügig zu machen. Und sehr häufig müssen wir beobachten, wie unsere gelehrten Mitarbeiter in der rigorosen Auslegung der Bestimmungen des § 2 den raffiniertesten Prinzipal überbieten. Ob aber diese Freundschaft noch lange währt ist fraglich, und ob der Bau-Bau „Apparatführer“, welcher den Gehilfen von der Maschine verdrängen sollte, als drohendes Schredgespenst seine Wirkung noch auszuüben vermag, möchten wir auch bezweifeln. Es verbleibt dann noch der schöne Titel „Vorgehelter“ und für diesen wird sich jene Arbeitergruppe nicht ewig gegen eine andere ausspielen lassen. Auch in jenen Reihen muß

sich endlich die Erkenntnis Bahn brechen, daß sie nur als Mittel zum Zweck gebraucht werden. Dieser Zweck aber ist ein verwerflicher, daher haben wir die feste Ueberzeugung, daß jener Bruchteil von Gehilfen, den wir im Auge haben, die ihnen zugeordnete unwürdige Rolle in nicht zu ferner Zeit ablehnen werden. Von allen Seiten laufen über die uns von Gehilfen aller graphischen Branchen zu teil werdende Unterstützung in der Agitation usw. erfreuliche Nachrichten ein; deshalb glauben wir dessen sicher zu sein, daß die Mißstimmung einzelner, die gegen das Hilfspersonal besteht, noch vollkommen verschwindet. Ist dies geschehen, dann dürfte es doch einigen Berliner Prinzipalen schwer werden, mit dem Hilfspersonal weiter so umzuspringen, wie sie seit der Tarifeinführung begonnen haben.

Aber auch auf einen anderen nicht minder wichtigen Umstand müssen wir hinweisen. Es besteht nämlich die Gefahr, daß das Vertrauen zur Rechtsprechung der Tarifinstanzen nach einigen Vorfällen der letzten Zeit schwindet. Nachweisbar sind bis jetzt alle Klagen, die gegen Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses oder schlanöse Anwendung tariflicher Bestimmungen erhoben wurden, sowohl vom Schiedsgericht als auch Tarifamt abgewiesen worden. Nun sagt sich aber die Kollegenschaft, daß, wenn diese Körperchaften sich höchstens dazu aufschwingen, einem kündigungsgelassenen einen Wochenlohn zuzusprechen und das meistens erst nach langwierigem Parlamentieren, dann finden wir dieses Krümchen Recht auch wo anders. Ist es doch verschiedentlich passiert, daß klageführende Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, kurz nachdem ihnen tariflicher Lohn oder ähnliches zugesprochen wurde, von dem verurteilten Prinzipal aufs Pflaster gesetzt wurden, ohne daß das Schiedsgericht eine Handhabe hat, gegen solche Praktiken einzuschreiten. In all den Dingen liegt eine Rechtsunsicherheit, die behoben werden muß, wenn das unter so schwierigen Umständen aufgebaute Werk nicht ins Wanken geraten soll.

Die Funktionäre unserer Organisation haben auch nicht immer Lust, als Prügelknaben für die Machinationen der Prinzipale ihren Buckel hinauszuhalten. Daher muß hier Remedur geschaffen werden und zwar noch vor Ablauf dieser Tarifperiode.

Bis jetzt haben die Unternehmer eine Kommentierung des § 2 der „Allgemeinen Bestimmungen“ immer abgelehnt. Aufgabe der im November vorigen Jahres gebildeten „permanenten Kommission“ wird es schon in deren erster Sitzung sein müssen, die selbende, aber unbedingt notwendige Auslegung dieses uns schädigenden Paragraphen klar und deutlich zu geben.

Bis jetzt haben wir jederzeit versucht, unsere Kollegen und Kolleginnen für die Einhaltung des Tarifgesetzes reif zu machen. Hoffen wir, daß im anderen Lager unsere Warnung rechtzeitig gehört wird — denn, wenn Worte nichts mehr helfen sollten, müssen Taten folgen.

Warum sind die Arbeiterinnen so schwer für die Gewerkschaft zu gewinnen? *)

Die Frage ist schon oft gestellt und ebenso oft beantwortet worden. Sie muß aber immer wieder von neuem gestellt und beantwortet werden. Nur so wird es möglich werden, die Abneigung der Frau vor ersteren Bestrebungen zu bekämpfen. Das ist nicht nur im Interesse der Männer, sondern auch im Interesse der Frauen selbst notwendig. Es wird aber nur möglich werden, wenn den Frauen immer wieder gezeigt wird, wie wenig begründet ihre Abneigung gegen erstere, über die Geselligkeit hinausgehende Bestrebungen ist.

Die Frauen sind noch mehr wie die Männer geneigt, das Leben möglichst friedlich und heiter zu genießen und alles von sich fernzuhalten, was ihren Seelenfrieden stören könnte. Das kann man ihnen freilich nicht verdenken, und wenn sie dadurch, daß sie sich von allen ernstern Dingen fernhalten, sich das Leben angenehmer gestalten oder es wenigstens von allen Unannehmlichkeiten freihalten könnten, so wäre es ihnen schon zu gönnen und gegen ihr Verhalten nicht das geringste einzuwenden.

Sie erreichen aber ihren Zweck nicht: immer mehr sind sie gezwungen, sich um das tägliche Brot zu sorgen, sich immer mehr ihre natürliche sonnige Heiterkeit von der finster einerschreitenden Sorge verbüßern zu lassen. Die Frau war zwar niemals auf Rosen gebettet, aber ihre Pflichten waren in früheren Zeitaltern doch solche, daß sie in deren Erfüllung mehr Befriedigung fand, als dies heute der Fall ist. Deshalb war ihr Leben damals auch viel weniger von Unannehmlichkeiten und Widerwärtigkeiten durchsetzt und ihr Gemüt weniger von unangenehmen Zwischenfällen und bauenden Sorgen verüßert. So war die Frau z. B. im Mittelalter, wo man das Handwerk noch nicht kannte und eine Großindustrie im heutigen Sinne noch nicht einmal voraussetzen konnte, wo lediglich die Landwirtschaft bestand, die Frau der Universalhandwerker der Familie, wenn man ihre Tätigkeit als handwerkliche betrachten will. Sie spann, webte,

*) Mit Genehmigung der Redaktion des „Textilarbeiter“ bringen wir diese, auch für unsere Kolleginnen sehr beherzigenswerten Ausführungen zum Abdruck.

Darwin.

(Schluß.)

Darwins Lehre, die den Menschen einreißt in den großen Zusammenhang alles organischen Lebens, vom Kampfe ums Dasein, hat natürlich die allerstoltesten Interpretationskünster auf den Plan gerufen. Während einerseits der Darwinismus angefeindet wurde als Stütze der Sozialdemokratie, haben andererseits Personen, denen alles zum Besten des Volksdaseins dienen muß, ausgetüftelt, daß die These vom „Kampfe ums Dasein“ in unlöslichem Widerspruch steht mit dem modernen Arbeiterschutz, der Werkstatthygiene, der Säuglingsfürsorge, kurz, mit allem, was dazu angetan ist, den natürlichen Ausleseprozeß zu durchkreuzen. In absichtlich falsch verstandener Anwendung der Selektionstheorie, wonach nur die Tüchtigsten, Stärksten, die Passendsten übrig bleiben, bekämpfen sie den Arbeiterschutz, die „Moralinstitute“ (M. Tille) als verderblich für die starke Klasse des „Herrenvolkes“. Es heißt schon zur anthropozentrischen Lehre hinabsteigen, die den Menschen nicht als den gegenwärtigen Endpunkt, sondern als Mittelpunkt alles Seins ansieht, wenn man mit solchen Herrenmenschenritzen rechten soll; denn nach Tille und Konforten ist heute der Volksdasein oder der Uebermenschen das Zentrum, um das sich alles dreht. Ein i s t: Damit es den Menschen gut geht, hat der liebe Gott die Erde samt allen Kreaturen für sie „geschaffen“. Heute: Um den Profit der „Herrenmenschen“ zu steigern, sind die Arbeiter als Ausbeutungsobjekt da, die man als „unfähig des Kampfes ums Dasein“ verhungern läßt, wenn sie gleich der Zitrone ausgepreßt sind. Für solche „Darwinisten“ gilt das Wort, das einst auf die Gegner dieser Lehre gemünzt wurde:

färhte bekanntlich; den von ihr am Webstuhl hergestellten Stoff verschneiderte sie dann zu Kleidern. Sie vollzog alle Verrichtungen vom Schafzüchter bis zum Schneider, war Schuhmacher, Bäcker, Bierbrauer und Seifenfieber der Familie, kurz, fertigte alle Gegenstände an, deren man in der Hauswirtschaft und sonst für das Leben bedurfte. Das war keine leichte Aufgabe für die Frau und ihre Töchter, die ihr dabei halfen, sie gaben ihr aber Befriedigung, Lebensinhalt. Und wenn mit der Erfüllung ihrer Aufgaben auch manche Sorge verknüpft war, so war dieselbe doch keineswegs so niederdrückender Art, wie die Sorge, von der die Frau heute bedrückt wird, wenn sie trotz allen Fleißes die Sorge um das liebe Brot bei sich immer lauter anklopfen hört und dabei weiß, daß alles, wonach sie begehrt, in reicher Fülle vorhanden ist; nur daß es für sie unerreichbar zu sein scheint.

Es ist klar, daß unter den früheren Verhältnissen der Frau ein Zusammenschluß mit ihresgleichen keinen Nutzen bringen konnte. Das war auch noch der Fall, als allmählich aus dem Schoße der Landwirtschaft heraus das Handwerk entstand, und dadurch Frau und Tochter eine Arbeit nach der anderen abgenommen wurde durch die Handwerker, welche nun in immer größerer Zahl auftraten und die sich immer mehr spezialisierten, so daß Weber, Schuhmacher, Schneider, Brauer, Lichtzieher und Seifenfieber die produktiven Arbeiten, die die Frau bis dahin verrichtete, nun ausübten und die Frau immer mehr auf die Hauswirtschaft angewiesen blieb. Während die Männer, soweit sie ein Handwerk ausübten, mehr und mehr auf die Nützlichkeit des Standeszusammenhanges hingewiesen wurden und demzufolge ihre Innungen und Zünfte gründeten und pflegten, wurden die Frauen immer mehr solchen Bestrebungen entrückt; sie waren ja nur noch Hausfrauen und spielten nun noch mehr und ausschließlich eine verwaltende Rolle; der erwerbende Teil der Familie war jetzt mehr noch als früher der Mann.

Das änderte sich erst, als die Manufaktur entstand, jene Art der Großindustrie, die zwischen dem Handwerk und der heutigen Großindustrie stand, die handwerksmäßig, d. h. mit Handwerkszeugen oder Handmaschinen, betrieben wurde und sich von dem Handwerk nur in der Hauptsache durch den größeren Umfang der einzelnen Arbeitsstätten und durch die durchgeführte Teilarbeit unterschied. Dank dieser bedurfte sie keiner eigent-

Nicht stammen sie vom Affen fürwahr,
Von Meerkatzen und Meerkatzen:
Eine Wölfin gewiß die Mutter war,
Ein Esel war der Vater.

Diese „Darwinisten“ berufen sich auf einen Satz des großen Forschers aus dem fünften Kapitel der „Abstammung des Menschen“ (1871): „Es ist auffallend, wie bald ein Mangel an Sorgfalt oder auch übel angebrachte Sorgfalt zur Degeneration einer domestizierten Rasse führt; ausgenommen im Falle des Menschen selbst, wird auch niemand so töricht sein, seinen schlechtesten Tieren die Fortpflanzung zu gestatten.“ Aber unmittelbar diesem Satze, der das Recht des Starcken auf Gemüthsstärke gegenüber dem Schwachen zu sanktionieren scheint, schließt sich folgende Stelle an, und diese wird immer wieder von den Herrenmenschen „übersehen“: „Die Hilfe, die wir den Hilflosen schuldig zu sein glauben, entspringt hauptsächlich dem Instinkt der Sympathie, die ursprünglich als Nebenform des sozialen Instinkts auftrat, aber allmählich feiner und weicherziger wurde. Jetzt können wir diese Sympathie nicht mehr unterdrücken, selbst, wenn unsere Ueberlegung es verlangte, ohne daß dadurch unsere edelste Natur an Wert verlöre.“ Das klingt schon ganz anders als die Charakteristik unserer „Herrenmenschen“. Wenn nun aber der Kampf aller gegen alle (bellum omnium contra omnes) gelten soll, so darf er nicht nur auf die Armen, sondern muß auch auf die Reichen angewandt werden. Der Besitz an Geld und Gut gibt auch dem größten Schwachkopf, dem zur Fortpflanzung „Unpassendsten“, ein Uebergewicht über die wirtschaftlich Armen. Der Fortpflanzung solcher reichen Kretins steht gewöhnlich nichts im Wege. Ein abgelebter klappriger „Herrenmensch“ kann sich (eventuell) fortpflanzen. Einem riesenstarken Armen ist die Gründung einer Familie immer mehr zur Unmög-

lichen Handwerker mehr und konnte sich mit Handarbeiten aller Art begnügen. So wurde auch die Frau für sie zum Ausbeutungsobjekt und fand in der Manufaktur Beschäftigung. Als dann später noch mehr vervollkommnete Maschinen durch elementare Kraft in Bewegung gesetzt wurden, konnte die Frau noch in größerer Zahl als bis dahin in der Großindustrie Anwendung finden, und heute stellt das weibliche Geschlecht in vielen Industrien schon die Mehrheit der Arbeitskräfte; in der Textilindustrie sind ganze Fabriken fast nur von Frauen besetzt, und auch in der Kartonnagenindustrie, in der Lugsuspapierbranche finden wir weit mehr Arbeiterinnen als männliche Personen.

Die Dinge haben sich also vollkommen umgewandelt: während die Frau viele Jahrhunderte hindurch kein Interesse an einem Zusammenschluß mit ihresgleichen haben konnte, sollte sie es jetzt aber haben, denn jetzt bestimmt nicht mehr ihre Geschicklichkeit und ihr Fleiß ihr Wohlergehen und das etwaiger Angehöriger, die sie von ihrer Hände Arbeit zu ernähren hat, sondern das Angebot von Arbeitskraft. Und immer mehr Frauen bieten nun ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt an. Unter diesen Umständen muß der Lohn, welcher den einzelnen Frauen für ihre Arbeit gewährt wird, fallen. Nemehr dies aber geschieht, fällt auch der Lohn des Mannes, dem sie durch ihre Arbeit eine unheilvolle Konkurrenz macht, womit sie, wenn sie einen arbeitenden Ehegatten hat, sich und ihre ganze Familie schädigt. Die Frau wird aber trotzdem von einem großen Teil von dem Gedanken beherzigt, daß sie in Vereinigungen, die den Zweck haben, die Arbeitsbedingungen vor Verschlechterung zu bewahren oder zu bessern, nichts zu suchen habe, und daß es lediglich Sache der Männer sei, sich ihnen zu widmen. Ja, vielfach will sie auch noch nicht einmal das Letztere gelten lassen und macht auch noch dem Manne Schwierigkeiten, wenn er seiner gewerkschaftlichen Pflicht genügen will. Die Frau tut also gerade das Gegenteil von dem, was sie unter den veränderten Verhältnissen tun müßte, und sie tut dies nur, weil sie vielfach noch nicht einseht, daß die veränderten Verhältnisse, die ihr heute ganz andere wirtschaftliche Aufgaben als früher zumeisen, ihr auch ein ganz anderes Verhalten den öffentlichen Angelegenheiten gegenüber vorschreiben; sie, die früher gewiß nichts veräumt hat, ihre Stellung als Hausfrau zu heben, ihre Arbeit zugun-

lichkeit gemacht. Die geistigen Intellekte verkümmern, wo nicht der Volksdasein die erlösende Formel spricht. Der größte Dummkopf bezieht die Universität, macht mit Ach und Krach, wenns gut geht, das Examen und ist damit eine Stütze der Gesellschaft geworden, ein „Sieger“ im Kampfe ums Dasein. Daß nicht er, sondern der Volksherr sein Waters der Obsteigen ist, wird vom Vater (es gibt auch Rabenwäter) Staat noch besonders geföhrt. Ein Student kostet dem Staat jährlich 700 Mk., ein Gymnasiast 200 Mk., und ein Volksschüler die horrenden Summe von 47 Mk.

Wenn es jeder Intelligenz der Armen möglich wäre, und es muß möglich gemacht werden, mit den Intelligenzen der Reichen in Wettbewerb zu treten, so könnten die jetzigen „Sieger“ ihr blaues Wunder erleben. Das weiß man! Nicht umsonst sträubt die herrschende Klasse sich gegen die Einheitschule, um alle Geisteskräfte der Jugend gleichmäßig zu wecken und zur Entwicklung zu bringen; sie fürchtet, unter den Wagen zu geraten. Lieber deutet sie als Anhänger des „darwinistischen“ Ausleseprozesses die Kinder auf das empfindlichste an, um so schon in die Kinderbrust den Keim des Todes zu legen, den Keim der „Unfähigkeit“, den „Kampf ums Dasein“ zu bestehen. Sie werden untüchtig, werden der „Gesellschaft“ eine „Last“. Darum fort mit dem Kinderschutz, lautet die „Rogit“ — und, um „rationell“ zu handeln, fort mit der Mutter in die Fabrik. Wenn der Säugling sich „anpassen“ kann, bleibt er leben, wenn nicht, nun, dann ist es ein Glück für die „Gesellschaft“, wenn er stirbt. Das ist die Moral, der Darwinismus des Volksdasein; bessesten Volksdasein, der in den gesetzgebenden Körperlichkeiten sich eifrig bemüht, jeden Arbeiterschutz zu umwerten in Arbeitertrug!

Wir aber leben der Ueberzeugung, daß nicht die rohe Kannibalenmoral dieses Herrenmenschentum,

ten der Familie ergiebiger zu machen, sie versäumt jetzt nahezu alles, was ihre wirtschaftliche Stellung und die ihrer Familie heben könnte. Und das alles, weil sie nicht sieht, daß sie aus einer selbständigen Hauswirtschaftlerin nach und nach in eine elend bezahlte Fabrik- und Lohnflavin verwandelt worden ist, der man aber trotz aller erduldeten Mühsal in der Fabrik auch noch die Sorge um die Hauswirtschaft als drückende Nebenbeschäftigung überlassen hat, so daß sie nach Feierabend in der Fabrik einen Teil jener hauswirtschaftlichen Tätigkeit am Abend und zur Nachtzeit ausüben muß, die sie früher am Tage verrichten konnte. Die Lage der Frau ist also keine bessere, sondern eine schlechtere geworden, und die Frau hat allen Grund, an der Seite des Mannes dagegen zu kämpfen und Verbesserungen durchzusetzen zu suchen. Und weil dies nach Lage der Dinge nur in der Gewerkschaft möglich ist, so muß sie in dieser eine ebenso wichtige Rolle spielen, wie der Mann, sogar eine noch wichtigere dort, wo die Frauen den größeren Teil der Arbeiterschaft bilden.

Dies den Frauen klarzumachen, ihnen, die längst begriffen haben, daß sie nicht mehr die Sklavinnen der Männer sind und jetzt den Männern gegenüber ihre weibliche und persönliche Würde in viel höherem Maße wahren, als ihnen dies früher möglich war, das sollte nicht schwer halten, wie man meinen könnte. Und doch ist es schwer, weil es hierbei ein Fahrhunderte altes Vorurteil zu überwinden gilt: daß die Frau an öffentlichen Versprechungen nicht teilzunehmen habe. Doch wird ihr mit der Zeit doch beizubringen sein, daß dies, wenn es überhaupt jemals richtig war, doch heute nicht mehr richtig sein kann, wo die Frau ja längst ihrem früheren Wirkungskreise mehr und mehr entzogen worden ist.

Es muß der Frau aber auch zum Bewußtsein gebracht werden, daß sie auch über die gewerkschaftlichen Bestrebungen hinaus sich für öffentlichen Dinge interessieren muß, daß sie auch den politischen Vorgängen aller Art ihre Aufmerksamkeit zu schenken hat. Es kann ihr z. B. nicht gleich sein, ob die Hölle aus Getreide hoch oder niedrig sind, ob das Brot teuer oder billig ist; je höher der Zoll ist, mit dem ausländisches Getreide bei seiner Einführung in Deutschland belastet wird, um so teurer wird das Brot werden, das aus diesem Getreide hergestellt wird. Die Frau hat

sondern die „Philosophie der Tat“, die gegenseitige Hilfe siegen wird. Die Idee der Menschenliebe, der gegenseitigen Hilfe siegen wird. Die Idee der Menschenliebe, der gegenseitigen Hilfe und Aufopferung hat den misleitenden „Darwinismus“ längst besiegt. Wir glauben an die Mission des Natursohn Mensch, mit Hilfe von Bewußtsein, Logik, Naturgesetz und vor allem mit Hilfe von Arbeit sich selbst weiterzuhelfen, „Arbeit, die erleichtert wird durch gegenseitige Hilfe, durch Liebe“ (H. Bötsche). Nicht die rücksichtslose Brutalität hat Aussicht auf endlichen Erfolg, sondern nur jene Regel, die Goethes Wort „Ebel sei der Mensch, hilfreich und gut“ zum Axiom ihrer Taten wählt. Nicht auf Kampf, sondern auf „gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“ ist das Leben gestellt. „Geselligkeit ist ebenso ein Naturgesetz wie gegenseitiger Kampf“, sagt Fürst Kropotkin, „wenn wir die Natur fragen: Wer sind die Passendsten: sie, die fortwährend miteinander Krieg führen, oder sie, die einander unterstützen? so sehen wir sofort, daß diejenigen Tiere, die Gewohnheiten gegenseitiger Hilfe annehmen, zweifellos die Passendsten sind. . . . Wenn wir die zahllosen Tatsachen, womit diese Ansicht gestützt werden könnte, in Betracht ziehen, so können wir ruhig sagen, daß gegenseitige Hilfe ebenso ein Gesetz in der Tierwelt ist, als gegenseitiger Kampf; jene aber als Entwicklungsfaktor. . . eine weit größere Bedeutung hat.“ Nirgends ist wohl das Prinzip gegenseitiger Hilfe besser bewahrt als in den wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter. Der einzelne, und wäre er ein Riese, muß im Kampfe ums Dasein unsehbar unterliegen. Die von höchster Ethik erfüllte gegenseitige Hilfe der Gewerkschaften wird über den „Neodarwinismus“ siegen, weil sie die Idee des Fortschritts vertritt.

also ein großes Interesse daran — sie sollte es haben und wird es haben, wenn ihr das immer wieder auseinandergelegt wird —, daß nicht Parteien am Ruder bleiben und weiter die Gesetze machen, Parteien, von denen man weiß, daß sie hohe Getreidebezölle weiter aufrechterhalten wollen. Daselbe ist es hinsichtlich der Fleischpreise, die ja doch die Frau in ihren innersten Interessen berühren, und zwar als Arbeiterin, die ihren Kräfteverbrauch durch kompakte Fleischmahrung ebenso wie der Mann ersetzen muß, wenn sie nicht vorzeitig aufgegeben werden will, aber auch als Hausfrau, der alles daran gelegen sein muß, daß sie mit ihrem Wirtschaftsgelbe recht viel Verbrauchsartikel einkaufen kann.

Die Frauen sind aber nicht nur wirtschaftspolitisch interessiert, sondern auch sozialpolitisch. Es kann ihnen ebensowenig gleichgültig sein, was in bezug auf den weiteren Arbeiterkampf geschieht oder unterbleibt. Als Arbeiterin und als Hausfrau ist die Frau doppelt verpflichtet, sich darum zu kümmern, warum sie immer noch nicht den gesetzlichen Zehnstundentag genießt. Denn weil, wie wir weiter oben gezeigt haben, sie nun einmal Fabrik- und Hausflavin zugleich ist und nur sehr selten Aussicht hat, dieser Doppelrolle zu enttrinnen, vielmehr dagegen sie in immer viel höherem Maße zu spielen und, wie z. B. durch Verheiratung, zur Rolle der Fabrikflavin noch die der Hausflavin zu übernehmen — nicht umgekehrt, so muß es für sie von Wichtigkeit sein, zu wissen, daß es vornehmlich die Parteien der kapitalistischen Unternehmerr, die ihrer eigenen Ausbeuter, sind, die Parteien derer, bei denen sie in Lohn und Brot — das meist recht schmal ist — steht, die sich immer noch dafür verwenden, daß die von ihr ersehnte gesetzliche Festsetzung der Arbeitszeit immer noch auf sich warten läßt. Gewiß ist in der Praxis der gesetzliche elfstündige Arbeitstag vielfach schon durch den Zehnstundentag außer Kraft gesetzt. Damit sind aber auch die Wünsche der Arbeiterin nach einer kürzeren Arbeitszeit als der zehnstündigen weiter vorgerückt und sie sehnt sich nun nach einer noch kürzeren als der zehnstündigen Fabrikarbeit. Diese wird ihr die Gewerkschaft auch noch einmal erringen, wäre es aber nicht besser, wenn ihr die Gesetzgebung dabei behilflich wäre? Das wird jede Frau bejahen müssen. Dann wird sie aber auch begreifen, daß es gilt, alle die politischen Parteien rücksichtslos zu bekämpfen, die sich bisher ihrem Wohlergehen hindernd in den Weg gestellt haben.

Welche Frau, welches Mädchen sieht jetzt noch nicht ein, daß sie auf allen Gebieten und bei allen Kämpfen an die Seite des Mannes, des Bruders gehört? Wir hoffen, keine. Ist unsere Hoffnung nicht übertrieben, so dürfen wir wohl erwarten, daß unsere Frauen und Mädchen, soweit sie in der Papierindustrie beschäftigt sind, sich in Zukunft mehr mit den Dingen beschäftigen werden, von denen sie in großer Zahl bisher noch annahmen, daß dies ausschließlich Sache der Männer sei. Es ist ihre urreigste Sache selbst, mit der sie sich befassen sollen. Und wir hoffen, sie werden es wollen. Stehen sie hinsichtlich der Befriedigung ihrer kleinen Bedürfnisse des Tages auf eigenen Füßen, so müssen sie auch für die Befriedigung ihrer großen Bedürfnisse des Lebens selbst Hand anlegen und dürfen nicht die Männer für sich wirken lassen. Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung für alle an der Arbeit Teilnehmenden, die auch alle an der Bewegung teilnehmen müssen, wenn dieselbe Erfolge aufweisen soll, wie sie von allen in das Joch der Arbeit Gespannten ersehnt werden, wobei die Frauen nicht in letzter, sondern in erster Linie mit offenen Armen stehen. Es geht aber hier wie in der Küche: wer nichts in den Topf hineintut, kann nichts herausköpfeln oder muß sich oft mit dem begnügen, was andere ihm großmütig überlassen, und das ist in der Regel nicht viel: wer viel haben will, muß selber viel in den Topf hineintun, d. h. wer aus der Arbeiterbewegung gewinnen will, muß sich ihr selber tatkräftig widmen. Das gilt heute für die Frau im gleichen Maße wie für den Mann. Darum, Frauen — und Mädchen natürlich! — überlegt und — handelt nach dem Ergebnis Eures Ueberlegens, das Euch diktiert wird: Wir müssen.

Rundschau.

Der von der Zahlstelle Leipzig herausgegebene Geschäftsbericht für das Jahr 1908 ist ein erfreuliches Zeugnis der emigen Arbeit unserer dortigen Verwaltung. Nach einer kurzen Schilderung der allgemeinen Lage, in der vor allem auf die Krise im Stein- und Zementgewerbe hingewiesen wird, deren Ursachen mit in der rücksichtslosen Ausbeutung der Unternehmer im Jahre 1906 liegt, würdigt der Verfasser die Wirkungen der technischen Neuerungen und konstatiert die Verdrängung des weiblichen Hilfspersonals durch die Einführung des Anlageapparates an der Buchdruckerschneidpresse. Mit Rücksicht auf diesen Umstand mußte gegen die langjährigen Lehrverträge, wie sie von den Unternehmern eingeführt wurden, Front gemacht werden und es gelang auch, wie bekannt, der Berliner Konferenz, die Absichten der profitungrigen Leipziger und anderer Druckherren zu durchkreuzen. Der Mitgliederbestand hat gegen das Vorjahr keine Veränderung erfahren, ist jedoch insofern stabiler geworden, als im Berichtsjahr 83 457 Beiträge gegen 75 053 im Jahre 1907 bei gleicher Mitgliederzahl geleistet wurden. Am Schlusse des Jahres 1908 zählte die Zahlstelle 690 männliche und 1541 weibliche, zusammen 2231 Mitglieder. Bedenkt man, daß durch die Krisenwirkungen circa 800 Mitglieder dem Verband den Rücken kehrten und es trotzdem gelang, diesem Abgang eine Neuaufnahme von 203 männlichen und 625 weiblichen Berufskollegen entgegenzusetzen, dann kann man den Arbeitseifer der dortigen Leitung als vorbildlich hinstellen. Der Bericht schildert ferner die Tätigkeit des Schiedsgerichtes, das seine nicht leichte Arbeit in 8 Sitzungen zur ziemlich zufriedenstellenden der Kollegenschaft erlebte. Ueber den paritätischen Arbeitsnachweis ist das Urteil jedoch kein so günstiges. Trotzdem die Prinzipale, um ihre rücksichtslose Lehrlingszuchterei zu bemängeln, über den ständigen Mangel an Personal klagen, konnten im Berichtsjahre 1057 männliche und 1488 weibliche Arbeitslose nicht untergebracht werden. Von den sich meldenden Verbandsmitgliedern wurden 509 eingestellt. Es ist nicht möglich, alle wesentlichen Punkte des Berichtes wiederzugeben, aber eine Stelle aus dem Kapitel „Tarifeinführung“ glauben wir unseren Lesern nicht vorenthalten zu dürfen. Es heißt da: „Die Buchdruckerei Spamer hat es wiederholt abgelehnt, die Ueberstunden tariflich zu bezahlen und verstoßt auch nach wie vor bewußt gegen die Bestimmungen des Arbeitsnachweis-Reglements. Dieses Verhalten ist für die genannte Firma deshalb recht charakteristisch, weil der Vorhaber Herr Dr. Petersmann als Vorsitzender des Vereins deutscher Buchdruckereibesitzer die Kühnheit besitzt, im Tarifausschuß bei Tarifdifferenzen den Vorzug zu führen“.

Hoffentlich hat Herr Dr. Petersmann als Leiter der Berliner Tarifkonferenz am 16. November 1908 aus den Verhandlungen den notwendigen Extrakt mit nach Hause genommen.

Zum Schlusse führt der Bericht noch an, daß sich auch die sächsischen Behörden in liebevoller Weise um unsere Organisation bekümmerten und sich für eine wohlangeordnete Ohrschiebe, die ein Streitposten verabsolgte, 25 Mk. zahlen ließen. Einige andere Schärmüsel sind besser ausgefallen.

Hoffen wir mit dem Berichterstatter, daß die Menge agitatorischer und organisatorischer Arbeit, die im Jahre 1908 in der Zahlstelle Leipzig geleistet wurde, ihre Früchte tragen wird. Wenn jeder seine Schuldbigkeit tut, dann werden wir zum Ziel gelangen.

Ueber die Haftung der Gewerkschaften bei Schadenersatzklagen der Unternehmer hatte kürzlich das Landgericht Hamburg zu entscheiden. Einen Tarifbruch eines dortigen Fuhrwerksbesitzers beantwortete die Ortsverwaltung des Deutschen Transportarbeiterverbandes durch die Speicherung des in Frage stehenden Betriebes. Die daraus resultierende Entschädigungsklage des betroffenen Unternehmers wurde nun von dem zuständigen Gericht abgewiesen. In den Entscheidungsgründen wird — ausgesetzt, daß der Verband kein rechtsfähiger Verein sei, deshalb könne von einer Haftpflicht des Verbandes keine Rede sein. Die Sperre sei überdies nicht vom Verbandsvorstande, sondern nur von der örtlichen Verwaltung ausgesprochen worden, und ob die letztere dafür haftbar gemacht werden könne, bilde eine andere Frage, die aber in diesem Falle nicht zur Beurteilung vorliege.

Lehntarife — literarische Leistungen. Vor einigen Wochen wurde im Bureau des Textilarbeiterverbandes in Neugersdorf i. S. auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft des Landgerichts

Dauen eine Hausfuchung und Befchlagnahme von Lohntarifsen, die der Verband auf Veranlassung der dortigen Arbeiterfchaft hatte in Druck legen lassen, vorgekommen. Genoffe Heibel als Verleger der Lohntarifse wurde jetzt von der Strafammer wegen Verlegung des Urheberrechts zu 300 Mk. Geldstrafe, im Falle der Unbringlichkeit zu einem Monat Gefängnis und Ertragung der Kosten verurteilt. Der Antrag auf Zahlung einer Buße wurde abgelehnt, da ein Schaden durch die Drucklegung und Veröffentlichung nicht nachzuweisen war. Auch wurde auf Einziehung der vorhandenen Exemplare und Vernichtung der Platten erkannt. Das Urteil ist für die gesamte Gewerfchaftsbewegung von großer Tragweite, da die Lohntarifse als Schriftwerke betrachtet wurden, die durch das Gesetz betreffend das Urheberrecht geschützt werden müssen, deren Veröffentlichung nur dem geistigen Urheber zugeht. Bleibt dieses Urteil bestehen, dann darf in Zukunft kein Arbeiter, keine Gewerfchaft Lohntarifse in Druck legen und veröffentlichen im Interesse ihrer Mitglieder, wenn sie nicht das Einverständnis des Unternehmers besitzen, sofern dieser der geistige Urheber ist.

Arbeitssekretäre als Vertreter vor den Gewerbegerichten. Das Landgericht in Piel erklärte einen Beschluß des Gewerbegerichts in Neumünster, wonach der dortige Arbeitssekretär nicht als Vertreter zugelassen werden sollte, als unzulässig und hob den Beschluß auf.

Hilfslosigkeit im Sinne der Unfallversicherungsgefese. Die durch Betriebsunfall erlittene Erwerbsbeschränkung wird bekanntlich nur zu zwei Dritteln durch eine Rente entschädigt. Bei völliger Erwerbsunfähigkeit beträgt die Rente 66% Proz. des vom Verletzten im Jahre vor dem Unfall bezw. — wenn er noch kein volles Jahr im Betriebe tätig gewesen ist — von Versicherten derselben Art in demselben oder in benachbarten gleichartigen Betrieben erzielten Jahresarbeitsverdienstes (§ 10, G.U.B.G.). Ist jedoch der Verletzte durch den Unfall nicht nur völlig erwerbsunfähig, sondern auch derart hilflos geworden, daß er ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann, so ist nach § 9, Abs. 3 für die Dauer dieser Hilfslosigkeit die Rente bis zu 100 Proz., also bis zum vollen Betrag des Jahresarbeitsverdienstes zu erhöhen. Durch die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts ist der Begriff der Hilfslosigkeit idarum umgrenzt. Danach gilt als hilflos nicht schon derjenige, der für einzelne verrichtungen, wenn auch regelmäßig auf fremde Hilfe angewiesen ist, sofern diese Hilfeleistungen sich ohne beträchtliche Schwierigkeiten und Aufwendungen beschaffen lassen, sondern nur der, für dessen Pflege dauernd eine fremde Arbeitskraft ganz oder doch in erheblichem Umfang in Anspruch genommen werden muß, weil er zu den meisten verrichtungen der gewöhnlichen Lebenshaltung aus eigener Kraft nicht mehr imstande ist. Unterstützung durch andere werde in gewissem Umfang wohl bei jedem, der durch einen Unfall völlig erwerbsunfähig geworden ist, erforderlich sein. Da das Gesetz aber einen Unterschied mache zwischen völliger Erwerbsunfähigkeit (Rente von 66% Proz.) und einer mit völliger Erwerbsunfähigkeit verbundener Hilfslosigkeit, die auf fremde Wartung und Pflege angewiesen ist (Rente bis zu 100 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes), so müsse angenommen werden, daß das Gesetz mit dem Ausdruck „ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen kann“, denjenigen hohen Grad der Gebrechlichkeit und Hilfslosigkeit bezeichne, bei dem der Verletzte fast in jeder Lage und zu jeder Zeit der fortwährenden Unterstützung einer fremden Person bedürfe. So hat das R.V.A. einen auf beiden Augen Erblinden in solchem Grade für hilflos gehalten, daß er Anspruch auf eine Rente von 80 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes habe. Ein Blinder sei zu den meisten verrichtungen des gewöhnlichen Lebens aus eigener Kraft nicht fähig, da die menschliche Tätigkeit fast regelmäßig Anforderungen an das Augenlicht stelle. Indessen bedürfe ein sonst gesunder Blinder zu seinen verrichtungen weit geringere Hilfe als z. B. eine schwerranke, bettlägerige Person. Deshalb sei seine Hilfslosigkeit mit einer Rente von 80 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes entsprechend berücksichtigt.

Achtung! Crimmitschau! Die im Versammlungsbericht in Nr. 6 der „Soli“ enthaltene Bezirksenteilung ist nicht richtig angegeben. Es soll heißen: den 1. Bezirk Stadt Crimmitschau mit Gablens und Waldsachsen kassiert Kollegin Elia Schuber. Den 2. Bezirk, Stabteil Leitelschhain bis Grenzstraße 3 kassiert Kollegin Olga Landgraf und den 3. Bezirk, Dorf Frankenhäusen und Umgegend, kassiert Kollegin Elia Grob.

Der Vorstand.

Stenographie. Kostenfreien brieflichen Unterricht erteilt gewissenhaft durch geprüfte Lehrer die Abteilung für brieflichen Unterricht des deutschen Arbeiter-Stenographenbundes. Anfragen mit üblich beigefügtem Porto ridhte man an Louis Nisch, Frankfurt a. M., Graubengasse Nr. 35.

Versammlungskalender.

Bremen. Mitgliederversammlung am 14. Februar, nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Dierks, Brautstraße 16. Tagesordnung: 1. Vorstandswahl. 2. Vortrag. 3. Diskussion.

Crimmitschau. Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 18. Februar 1909 um 7/9 Uhr abends im Lokal „Reißenthal“, rotes Zimmer. Vollständiges und pünktliches Erscheinen erwartet der Vorstand.

Erfurt. Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 17. Februar 1909 um 8 1/2 Uhr abends im „Tivoli“. Tagesordnung wird noch bekannt gegeben.

Frankfurt a. M. Mitgliederversammlung am Dienstag, den 16. Februar 1909 um 7 1/2 Uhr abends im Gewerfchaftshaus, Heiner Saal B. Eingang Stolze. 15 I. Tagesordnung: 1. Geschäftliche Mitteilungen. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vortrag der Kollegin: B. Tiede-Berlin.

Görlitz. Mitgliederversammlung an jedem letzten Sonnabend des Monats um 7/9 Uhr im Hotel Ramenlos, Krölstraße.

Kaufbeuren. Maßierte Unterhaltung mit Monatsversammlung am 20. Februar 1909 um 1/8 Uhr abends im Lokale „Zum Häring“. Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls. 2. Kassenbericht. 3. Kartellbericht. 4. Anträge und Verschiedenes.

Magdeburg. Versammlung Sonntag, den 13. Februar, nachm. 3 Uhr, im Lokal des Herrn Büchsefeld, Knochenhauerstr. 27-28. Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Unsere tariflichen Verhältnisse. 3. Verschiedenes.

München. Generalversammlung am Sonntag, den 28. Februar 1909 um 3 Uhr nachmittags im „Peterskeller“, Viktualienmarkt 13. Tagesordnung: 1. Verlesen des Protokolls. 2. Kassenbericht pro 4. Quartal 1908. 3. Vorstandsbericht. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Adressenveränderungen.

Breslau. Arbeitsnachweis: Bureau der Papier-Verarbeitungs-Berufsgenossenschaft (Geschäftsführer E. Sittner), Messergasse 37-38 III. Besuchszeit: Montag, Mittwoch und Freitag, 2 bis 3 Uhr nachmittags.

Görlitz. Vorsitzender: Max Walter, Leichwiz 154. Kassierer: Gustav Heiser, Görlitz, Wurfstraße 8.

Mühlhausen i. G. Kassiererin: Frä. Elise Schumberger, Taguerrestraße 35.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Bahnhalle Leipzig

Sonnabend, den 20. Februar 1909
in sämtlichen Räumen des „Pantheon“, Dresdenerstraße 20

11. Stiftungs-Fest

bestehend in

Instrumental- und Gelangs-Konzert: Großer Festball

Zwei Musik-Chöre

Programme, im Vorverkauf 20 Pfg., an der Kasse 30 Pfg., sind bei sämtlichen Vertrauensleuten und im Bureau zu haben

Um recht zahlreichen Besuch aller Freunde und Gönner ladet freundlichst ein

Das Festkomitee.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands
Ortsverwaltung Berlin

Am Sonntag, den 21. Februar 1909
in Freyer's Festsälen (früher L. Keller), Koppenstr. 29



Großer Wiener Masken-Ball

Die beiden schönsten Damen- und originellsten Herren-
Masken werden prämiert

Zwei Musikkapellen Um 11 Uhr: Demaskierung

Eröffnung 6 Uhr Eintritt 50 Pfennig Anfang 7 Uhr

Beilage zur „Solidarität“

Dr. 7.

Berlin, den 13. Februar 1909.

15. Jahrgang.

Endlich!

Seit dem 21. Januar ist auch Breslau in die Reihe der Tariforte eingetreten. Nach nochmaliger dreistündiger Verhandlung wurde der Tarif abgeschlossen. An der Hand des Protokolls der Konferenz vom 16. November 1908 war es leicht, eine Verständigung herbeizuführen.

Was lange währt, wird endlich gut, sagt ein altes Sprichwort, aber bei unserem Tarifabschluss hat uns dasselbe in seiner Bedeutung im Stich gelassen. Lange, ziemlich ein Jahr, haben wohl die Verhandlungen gedauert, ob sie aber gut geworden sind, darüber läßt sich streiten.

Nicht jeder wird mit diesem Tarifabschluss zufrieden sein, außer denen, die zur Zeit noch unter Tarif bezahlt werden. Wir haben im Interesse der Allgemeinheit, mit Rücksicht auf ein friedliches Zusammenarbeiten und endlich in anbetraht der wirtschaftlichen Krise viel nachgeben müssen, und zwar deswegen, um wenigstens eine Grundlage zu schaffen, auf der wir weiter bauen können. Im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen, die sich eben daran gewöhnen müssen, daß ein Tarifabschluss nicht für jeden einzelnen eine Lohnzulage, sondern im allgemeinen eine Lohnregelung bedeutet. Es läßt sich nicht wegleugnen, weil es eben Tatsache ist und daher muß es gesagt werden, daß es schwer sein wird, einen großen Teil zu dieser Ansicht zu bekehren.

Es ist unmöglich, alle bei einem Tarifabschluss in Betracht kommenden Momente übersichtlich darzustellen. Die erste Voraussetzung ist die Feststellung der vertragschließenden Parteien. Bekanntlich ist dies nicht so einfach, als dies ohne gründliche Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse erscheint. Ein Vertrag hat nur dann Wirkung, wenn die Vertragschließenden auch die Fähigkeiten besitzen, das vereinbarte einzuhalten, beziehentlich bei denen, die sie vertreten, auf die Dauer durchzusetzen, wozu mehr als guter Wille gehört.

Die Geltungsdauer unseres Tarifs ist selbstverständlich dieselbe wie die des deutschen Buchdrucker tariffs. Ob nun diese gerade günstig ist, haben wir erst abzuwarten. Im allgemeinen sind die Arbeitgeber für eine längere Geltungsdauer, während die Arbeitnehmer im Gegenzug die kürzere vorgehen. Wir aber haben uns gesagt sein lassen, daß ein Jahr, wie ursprünglich unsererseits geplant war, eine viel zu kurze Zeit ist, um auf dem Gebiete des Tarifverhältnisses genügende Erfahrungen sammeln zu können. Bei dem nun abgeschlossenen Tarif kamen vor allem zwei Hauptpunkte in Betracht: die Regelung der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes und die Annahme der Allgemeinen Bestimmungen ohne irgend welche Vervollständigung, worauf wir in allen unseren Verhandlungen stets das Hauptgewicht gelegt haben. Dies ist für die Zukunft und die geistliche Entwicklung der Organisation von großer Wichtigkeit. Alle im Tarif festgelegten Löhne sind Mindestlöhne, d. h. weniger darf auf keinen Fall gezahlt werden. Auch die Ueberstunden müssen in der festgelegten Art bezahlt werden (§ 4 der Allgem. Bestimmungen) und auch der Uebelstand, wonach in einzelnen Betrieben die gesetzlichen Feiertage in Abzug gebracht worden sind, ist durch den Tarif beseitigt. Leider haben die dort beschäftigten Kolleginnen, um die handelt es sich zumeist, den Weg zur Organisation trotz wiederholter Bemühungen unsererseits noch nicht gefunden.

Es soll hierbei nicht unerwähnt bleiben, daß bei allen Tarifabschlüssen die Arbeitnehmer stets darauf bedacht sind, die Ueberstunden möglichst zu verteilen, um das Ueberstundenwesen immer mehr und mehr einzuzengen und die normale Arbeitszeit zur Regel zu machen. Am besten haben hier die Buchdrucker vorgearbeitet, bei denen die Lohnzulage nach der Zahl der Ueberstunden immer teurer werden.

Zur Sicherung der Einhaltung des Tarifs sind Maßnahmen getroffen, welche die Ueberwachung gewährleisten und entstehende Differenzen während der Tarisdauer einer friedlichen Lösung entgegen führen. Wie bei den Buchdruckern besteht auch bei uns die Einrichtung der Schiedsgerichte. Mit dem steigenden Ernst, mit welchem auf den Abschluß von Tarifen im allgemeinen eingegangen wird, ergibt sich immer mehr die Notwendigkeit, deren Einhaltung durch schiedsgerichtliche Einrichtungen zu sichern. Trotzdem gehen die Meinungen über die Notwendigkeit dieser Einrichtungen unter den Arbeitern sehr auseinander, weil verschiedentlich angenommen wird, daß die Arbeiterausschüsse praktischer und wirksamer sind.

Was nun unseren Arbeitsnachweis betrifft, so mußten wir unter den gegebenen Verhältnissen und um den Tarifabschluss nicht scheitern zu lassen, auf die bisherige Selbstverwaltung verzichten und uns für die Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises entschließen.

Man kann über diese Einrichtung denken wie man will, jedenfalls hat dieselbe auch ihre Lichtseiten, und diese bestehen darin, daß sich die Arbeitslosen von jetzt ab an mehr Ordnung gewöhnen müssen, und zwar in betreff der vorschrittmäßigen Kontrolle, sowie der pünktlichen An- und Abmeldung, die bisher sehr viel zu wünschen übrig ließ. Wir wollen nicht unterlassen, an dieser Stelle auf ein eingehendes Studium der Bestimmungen bzw. Geschäftsordnung des Arbeitsnachweises hinzuweisen. Ein weiterer Vorteil, den dieser Arbeitsnachweis in sich schließt, besteht darin, daß die Herren Prinzipale denselben besser benützen werden, wozu sie in der Regel verpflichtet sind und haben dadurch die Arbeitslosen die Aussicht eher untergebracht zu werden, und erreicht die Jagd nach Stellung durch Zeitungsinserate so gut wie ausgeschlossen.

Wir haben in unserer letzten Versammlung den Eindruck gewonnen, daß die Mitglieder den Tarif mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen haben, aber wie schon eingangs erwähnt, ist es schwer, allen Wünschen Rechnung zu tragen. Mit dem Abschluß dieses Tarifs haben wir zweifellos einen großen Schritt nach vorwärts gemacht, indem die Breslauer Prinzipale unsere Organisation anerkannt haben, und das ist unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen für uns ein wesentlicher Vorteil.

Und nun, Kolleginnen und Kollegen, nicht schmollend und unzufrieden bei Seite gestanden, sondern vorwärts und rüstig weiter gearbeitet an dem Ausbau der Organisation. Wenn dieselbe erst die nötige Macht und Stärke besitzt, können wir unseren späteren Ansprüchen mehr Nachdruck verleihen. Die Organisation auszubauen ist jetzt unsere heiligste Pflicht, noch stehen viele abseits, die unter Umständen das Geschaffene mit genießen, ohne etwas dazu beigetragen zu haben; ihnen muß das Solidaritätsgefühl eingepflanzet und sie auf die Pflicht der Zugehörigkeit zur Organisation aufmerksam gemacht werden.

Breslau.

Wenb.

An die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands!

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Im Auftrage der 345 Delegierten des Tabakarbeiter-Kongresses, im Interesse der von diesen vertretenen 170 000 Arbeitern der Tabakindustrie und deren Hilfsindustrien, appellieren wir an Eure Solidarität! Ihr, unsere Mitbrüder und Mitgeschwestern werdet Verständnis haben für unsere Bedrängnis; durch Euren einmütigen Protest ist die Umsturz-, ist die Zuchttaus-Vorlage gefallen; Ihr werdet uns auch jetzt zur Seite

stehen, weil unsere Interessen auch Eure Interessen sind.

Ihr wißt, daß die deutsche Reichsregierung die Tabakindustrie abermals zu den bisher von ihr getragenen zirka 80 Millionen Mark Zöllen und Steuern mit weiteren 78 Millionen Mark neuen Steuern belasten will.

Die Konsumenten sollen die Steuern bezahlen! In der Hauptsache wird das zunächst zutreffend sein, weil man den in der Industrie tätigen über 202 000 Personen von ihrem Gesamtlohn von zirka 110 Millionen Mark nicht plötzlich 80 Millionen Mark abziehen kann, da dann selbst für die an Nummer und Not gewöhnten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen zur Fristung ihrer Existenz zu wenig übrig bleiben würde.

Aber, Ihr Arbeiter, die Ihr Tabakkonsumenten seid, wißt, daß Ihr nicht — zumal jetzt nicht, in der Zeit der Krise — beliebige Eure Ausgaben für Euren Bedarf an Tabak erhöhen könnt. Werden nach den Plänen der Reichsregierung die Konsumzigarren der großen Masse um 1 bis 2 Pfennige pro Stück verteuert, so könnt Ihr nicht der Reichsregierung und den Tabakarbeitern zu Liebe 25 bis 50 Pfennig pro Woche für Euren Bedarf an Zigarren mehr zahlen, Ihr müßt Euch nach der Decke strecken und werdet Euren Konsum entsprechend der Mehrbelastung vermindern müssen.

Der Tabak ist kein Nahrungsmittel, sondern ein Genussmittel, aber gerade, weil er das ist, hat noch überall, in jedem Lande eine Zoll- oder Steuererhöhung einen entsprechenden Rückgang des Konsums zur Folge gehabt. Durch die Zollerhöhung von 1879 wurden zirka 20 000 Tabakarbeiter brotlos; nach den mit 1875 vergleichbaren Zahlen der Gewerbestatistik betrug 1882 die Zahl der aus der Industrie verdrängten Personen noch zirka 14 000. Die in Beschäftigung verbleibenden Tabakarbeiter durften nur halbe Tage arbeiten. Dieser Zustand dauerte jahrelang. Ungeheures Elend kam über die Tabakarbeiter. In dieser entsetzlichen Periode der Not waren die Tabakarbeiter gegenüber den Fabrikanten völlig wehrlos; überall wurden die Löhne reduziert, in vielen Orten um höhere Beträge, als die Mehrbelastung durch den höheren Zoll ausmachte.

Für die gesamten Tabakarbeiter folgte eine fast zwei Jahrzehnte andauernde Periode völliger Resignation. Die Tabakindustrie ist eine fliegende Industrie, die Großfabrikanten haben sich nur, soweit es absolut möglich ist, an einen Ort gebunden. Sollten die Arbeiter in einem größeren Industrieort zu den elenden Löhnen nicht weiterarbeiten, verlegte man die Fabriken in Orttschaften, wo die Arbeiter noch völlig bedürfnislos waren; man gab Kommissions- oder Hausarbeit in anderen weit abgelegenen Orten aus, um von der Arbeiterschaft so unabhängig wie nur irgend möglich zu bleiben. Zahlen beweisen. Die höchsten Löhne wurden vor 1879 im Norden, die niedrigsten im Süden bezahlt. 1875 betrug die Zahl der Arbeiter im Norden 22 000; 1906 16 000; im Süden dagegen waren 1875 20 000; 1906 49 000 Arbeiter.

Die Zollerhöhung von 1879 ist eine der wesentlichsten Ursachen mit, daß die Tabakarbeiter in ihrem Durchschnittsverdienst gegenüber den übrigen Arbeitern Deutschlands um 44 Proz. zurückgeblieben sind. Welch ungeheure Mühen hat es gekostet, die durch das Sozialistengesetz 1878 zertrümmerte Organisation wieder aufzubauen. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Tabakarbeiter waren ohnmächtig gegenüber den Wirkungen der Zollerhöhung von 1879. In vielen Distrikten herrschte völlige Leihgarnie unter den Tabakarbeitern; das fürchterliche Elend hatte sie so stumpfsinnig gemacht, daß alle Versuche, sie zu organisieren, fehlschlagen.

Endlich, nach zwei Jahrzehnten unfäglicher Mühe und Arbeit ist es gelungen, die Hoffnungslosigkeit, die dumpfe Verzweiflung etwas zu bannen: die Löhne sind in vielen harten Kämpfen im letzten Jahrzehnt wieder etwas erhöht worden. Das, was nach 1879 den Arbeitern vom Lohn abgezogen wurde, haben sie jetzt, nach 30 Jahren, ungefähr wieder erreicht. Wahrscheinlich, wenn irgend eine Arbeiterschaft von Reichs wegen in ihrer Lebenshaltung gedrückt worden ist, so sind es die Tabakarbeiter. Durch die ständig wachsenden indirekten Steuern wurden ihnen alle Lebensmittel und Bedarfsartikel ebenso verteuert, wie allen anderen Arbeitern.

Durch die Wirkungen der Zoll-erhöhung von 1879 waren sie aber in ihrem Streben, sich der allgemeinen Teuerung entsprechende höhere Löhne zu erkämpfen, für 2 Jahrzehnte völlig lahmgelegt. Im Jahre 1900 ein Durchschnittsverdienst von 541 Mk.; 1907 von 603 Mk. Diese beiden Ziffern reden mehr als Worte es zu tun vermögen, sie zeigen uns, daß es wieder aufwärts geht, sie beweisen uns aber auch, wie traurig noch heute die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter sind.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Begreift Ihr nun, weshalb wir Tabakarbeiter uns wehren müssen, begreift Ihr die Erregung, welche sich der ganzen Tabakarbeiterchaft bemächtigt hat? Begreift Ihr unsere Angst und unsere Sorgen?

Wir sollen das Opfer sein!

„Auf dem Altar des Vaterlandes“, wie verständnislose und egoistische Osterpatronen beklammern, die sich selbst von ihrem großen Einkommen entsprechender Besteuerung brüden wollen, sollen wir das Opfer unserer Existenz bringen! Ob der Reichstag die von der Regierung vorgeschlagene Handrolensteuer annimmt, oder ob er, wie 1879, eine Zoll- und Steuererhöhung beschließt, für uns Tabakarbeiter wird das Unglück gleich groß sein.

Wiederum werden Zehntausende von Tabakararbeitern brotlos werden, wiederum werden die beschäftigten Arbeiter bei wesentlich verkürzter Arbeitszeit arbeiten müssen, wiederum wird man uns die Löhne reduzieren.

Und wie nach 1879 werden die Fabrikanten abermals Fabrikhallen dort errichten, wo völlig bedürfnislose, unorganisierte Arbeiter leben. Der Süden dürfte von dieser Abwanderung der Industrie nicht viel profitieren — ostwärts — an die russische Grenze wird der Zug gehen. Dort werden jetzt die niedrigsten Löhne gezahlt, dort verdienen die Tabakarbeiter um 25 Prozent weniger, als der allgemeine Durchschnittsverdienst der Tabakarbeiter beträgt — 446 Mk. pro Vollarbeiter im Jahr.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir haben im letzten Jahrzehnt immer größere Scharen von Tabakarbeitern unseren gewerkschaftlichen Verbänden und damit gleichzeitig der organisierten, kämpfenden Armee des Proletariats zugeführt.

Unsere ganze Organisationsarbeit wird abermals vernichtet werden, wenn die Tabakindustrie mit höheren Zöllen und Steuern belastet wird.

Kann Euch das gleichgültig sein? Dürft Ihr ruhig zusehen, wie die Arbeiterschaft einer so großen Industrie völliger Versumpfung, dem Kulltum überantwortet wird?

Schon heute zählt die Reservearmee der Arbeitslosen nach Hunderttausenden, die hinzukommen 40 oder 50 000 arbeitslosen Tabakarbeiter werden das Angebot von Arbeitskräften aber nicht für eine kurze Zeit, sondern für viele Jahre vermehren. Das bedeutet Vordröckel auch für die Arbeiterschaft im allgemeinen, nicht nur für die Tabakarbeiter!

Bisher bot die Tabakindustrie Unterschlupf für verküppelte, schwächliche Personen; so mancher in einer anderen Industrie verunglückte Arbeiter, welcher bei der ihm kärglich zugewiesenen Unfallrente nicht existieren konnte, wurde im späteren Lebensalter noch Tabakarbeiter. Wenn

die Tabakindustrie durch eine Zoll- oder Steuererhöhung in eine so furchtbare Krise hineingerät, wird das nicht nur nicht mehr möglich sein, sondern die jetzt beim Tabak beschäftigten Krüppel werden als die weniger leistungsfähigen Arbeiter massenhaft arbeitslos werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Produzenten seid Ihr an der Tabaksteuer interessiert. Deshalb kämpfen wir Tabakarbeiter nicht nur für uns, sondern auch für die allgemeinen Interessen, wenn wir uns gegen die drohende Gefahr zu wehren suchen.

Wir haben getan, was in unseren Kräften stand, wir haben den Reichstagsabgeordneten durch einwandfreies Material bewiesen, welches Unglück sie über die Tabakarbeiter heraufbeschwören würden, wenn sie irgend einer Mehrbelastung des Tabaks zustimmen werden; wir haben durch unsere Vertreter in den einzelnen Wahlkreisen die Abgeordneten persönlich ansprechen lassen, wir haben zu allen unseren Protestversammlungen die Abgeordneten höflichst eingeladen.

Was war das Resultat?

Gewiß — eine Reihe Abgeordneter und zwar sämtlicher Parteirichtungen, die aus eigener Kenntnis in ihren Wahlkreisen sich ein Urteil bilden konnten, haben erklärt, unter allen Umständen gegen jede Mehrbelastung des Tabaks stimmen zu wollen — die meisten Abgeordneten aber antworteten ausweichend, sie erklärten, sich nicht binden zu können, ein Teil jedoch war keinen Argumenten zugänglich und meinte, der Tabak werde diesmal bluten müssen, ja, sie behaupteten sogar, das sei die Stimmung in der gesamten Fraktion, der sie angehören.

Die Situation ist für uns keine hoffnungsfreudige, wir betrachten sie aber noch nicht als eine verzweifelte.

Unsere Gründe, die wir gegen die Tabaksteuer vorbringen, sind die der Wahrheit und des Rechtes, und so geloben sich die 345 Delegierten am Schlusse des Tabakarbeiterkongresses einmütig, den Kampf nicht aufzugeben, sondern in verstärktem Maße fortzusetzen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Dazu bedürfen wir Eurer Mitwirkung! Namentlich an Euch wenden wir uns, organisierte Arbeiter Deutschlands, mit uns gemeinsam das geplante Attentat auf unsere gewerkschaftlichen Organisationen abzuwehren. Wes Glaubens Ihr auch seid, welcher gewerkschaftlichen oder politischen Richtung Ihr immer angehören mögt, wir alle kämpfen für eine bessere Lebenshaltung der Arbeiter.

Kein Arbeiter, keine Arbeiterin kann und darf dulden, daß so große Massen zu Kulis degradiert werden. Deshalb unterstützt unsere Protestbewegung mit aller Euch zu Gebote stehenden Energie, und wo immer unsere Vertreter sich an Euch um moralische Beihilfe wenden, laßt sie nicht vergeblich mahnen:

Unsere Interessen sind Eure Interessen.

Und hoffnungsfreudig, wie bei Beendigung des Tabakarbeiterkongresses, schalle der Schlachtruf der gesamten Arbeiterschaft durch alle Lande:

Durch Kampf zum Sieg!

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

Die Gewährung der Heilmittel seitens der Krankenkassen.

G. Nach dem § 6 des Krankenversicherungsgesetzes sollen die Krankenkassen u. a. mindestens gewähren: vom Beginne der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel. Ueber die Gewährung der Heilmittel entstehen nun häufig Differenzen zwischen den Versicherten und den Krankenkassen, so daß es sich verloben dürfte, auf

den Begriff „Heilmittel“ etwas näher einzugehen. Zunächst ist daran festzuhalten, daß unter „ähnliche Heilmittel“ nur solche verstanden werden, die den Preis der Brille oder eines Bruchbandes nicht erheblich übersteigen. Bei der Beratung der Novelle von 1903 wurde beantragt, die Worte „ähnliche Heilmittel“ zu ersehen durch „sonstige Heilmittel“ sowie die zur Sicherung des Heilverfahrens und zur Erleichterung der Folgen der Verletzung erforderlichen Hilfsmittel (Krücken, Stützapparate und dergleichen). Dieser Antrag wurde aber abgelehnt, trotzdem der § 9 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes diesen Wortlaut hat. Würde man sich diesem Wortlaute angeschlossen haben, so wäre eine große Anzahl Streitigkeiten aus der Welt geschafft worden. Nach der bevorstehenden Reform der Sozialgesetze scheint man auch diese Unklarheiten, wie so viele andere in den Arbeiterversicherungsgesetzen, nicht beseitigen zu wollen. Bezüglich des Unfallversicherungsgesetzes ist zu bemerken, daß hier die Verletzten ohne weiteres Anspruch auf künstliche Gliedmaßen haben. Der Anspruch hierauf fällt beim Krankenversicherungsgesetz fort.

Im allgemeinen werden als „ähnliche Heilmittel“ nach dem § 6 des Krankenversicherungsgesetzes die mechanischen Hilfsmittel zu gelten haben, die eine Besserung des Leidens herbeiführen oder einer Verschlimmerung vorbeugen, mit der Heilung in direkter Verbindung stehen und zur Sicherung des Erfolges der Kur notwendig sind, z. B. Binden, Verbandzeug usw. Nach dem § 21, Ziffer 3a des Krankenversicherungsgesetzes können die Krankenfallen für die Dauer eines Jahres nach beendeter Krankenunterstützung die Fürsorge für Rekonvaleszenten übernehmen, namentlich auch die Unterbringung in eine Rekonvaleszentenanstalt gewähren. Kassen, welche eine diesem Paragraphen entsprechende Bestimmung in ihr Statut aufgenommen haben, können den Begriff „Heilmittel“ also weiter ausdehnen; diese Kassen können auch neben der eigentlichen Krankenunterstützung gewisse Stärkungsmittel, Krankenkost usw. gewähren.

Ueber die Frage, ob den in Walterholungsstätten untergebrachten oder von solchen Gebrauch machenden Genesenden ein Krankengeld bzw. eine Geldunterstützung gewährt werden dürfte, ergab sich sowohl seitens der Bundesratsvertreter als der Kommission die übereinstimmende Meinung, daß die Rekonvaleszenten nicht mehr Kranke im Sinne des Gesetzes seien, daher könne ihnen ein Krankengeld in keinem Falle mehr gewährt werden; maßgebend für sie sei vielmehr das Bedürfnis der Rekonvaleszenz in jedem Einzelfalle. Zu diesem Zwecke könnten Badesuren, Luftkuren usw., und wenn das Bedürfnis es erheische, auch Geldunterstützungen — nur nicht als Krankengeld — gewährt werden. Eine grundsätzliche Regel sei nicht aufzustellen, es müsse von Fall zu Fall entschieden werden.

Nach diesen Ausführungen brauchen also die Kassen, sofern sie von dem § 21, Ziffer 3a Gebrauch gemacht haben, den Begriff „ähnliche Heilmittel“ gar nicht so engherzig auszulegen. Aber auch ohne dies umfaßt der Begriff „ähnliche Heilmittel“ alle Mittel, welche mit der Krankenbehandlung in unmittelbarem Zusammenhange stehen und zur Sicherung des Erfolges notwendig sind, z. B. Stärkungsmittel, Milch, Wein usw., ferner auch Tätigkeiten, welche auf Zuführung von Kräften usw. gerichtet sind, z. B. Massage, Galvanisieren, Gymnastik, Bäder u. dgl. Im Interesse der Kassenmitglieder ist es dringend wünschenswert, wenn die Kassen allgemein danach streben, an Stelle der Mindestleistungen höhere Leistungen einzuführen, damit die Streitigkeiten über den Begriff „ähnliche Heilmittel“ verschwinden.

In der Regel werden nun Beinhilfen, Beinhilfenreparaturen, Plattfußstiefeln, Zahngebisse, Stützkorsetts nicht als sogenannte „ähnliche Heilmittel“ anzusehen sein. Der Preis einer Brille oder eines Bruchbandes beträgt meistens 2 bis 10 Mk., ausnahmsweise auch bis zu 25 Mk. Soweit könnten einfache Stützkorsetts bis zu etwa 25 Mk. den Mitgliedern geliefert werden. — Der bairische Verwaltungsgerichtshof dagegen hat bereits ein Stützkorsett zum Preise von 40 Mk. nicht mehr als ein sogenanntes „kleines Heilmittel“ angesehen. Dem Versicherten konnte also dieses Stützkorsett seitens der Kasse nicht geliefert

werden. Derselbe Gerichtshof hat es auch abgelehnt, einen orthopädischen Stiefelapparat zu 50 Mark von der Kasse liefern zu lassen. — Nach einem Bescheide des Spruchkollegiums des württembergischen Krankenkassenverbandes gelten Klaffstiefel zwar nicht als Heilmittel. Wenn aber auf ärztliche Verordnung ein Paar Stiefel mit einer denselben sonst nicht eigentümlichen besonderen Vorrichtung, wie z. B. Schienen, versehen werden, um dadurch das Heilverfahren unmittelbar zu unterstützen und nachhaltiger zu gestalten, so fällt eine solche Vorrichtung unter den Begriff des Heilmittels.

Zahngebiss ist kein Heilmittel, dagegen sind die Kassen verpflichtet, die Kosten für Plomben zu tragen. Das Landgericht Berlin hat unterm 4. Mai 1905 nach der Zeitschrift „Arbeiterversorgung“ entschieden, daß ein künstliches Gebiß unter Umständen ein Heilmittel darstellen könne und würde es in dem dem Gerichte vorliegenden Falle auch sein, wenn die Befahrung des Klägers richtig wäre, daß nach dem Gutachten des Sachverständigen das Gebiß zur Heilung von Gesichtsnervralgie dienen soll; denn dann würde es dazu bestimmt sein, den in ihren Funktionen gestörten Gesichtsnerven die normale Funktionsmöglichkeit wieder zu gewähren. Nach ärztlichem Gutachten ist das Gebiß aber notwendig, da ohne dasselbe beim Kläger Verdauungsleiden und Magenerkrankungen eintreten können. Es handelt sich also lediglich um Erhebung eines verloren gegangenen Organs durch ein künstliches, nicht um ein Heilmittel, sondern um eine Präventivmaßregel. Und solche auf ihre Kosten zu beschaffen, ist nicht Aufgabe der Krankenkassen. Das braunschweigische Verwaltungsgericht hat dagegen kürzlich entschieden, daß die Lieferung künstlicher Gebisse nicht prinzipiell von den Kassen abgelehnt werden dürfe. Demzufolge hat dieses Gericht einem Patienten die Kosten eines Gebisses an Stelle von vier oberen Schneidezähnen, die ihm fehlten, zugesprochen. Allerdings betonte das Gericht noch, daß auch in Fällen dieser Art das Krankenversicherungs-gesetz nur sehr vorsichtig angewendet werden müsse; es solle nämlich auch die Möglichkeit gegeben sein, daß das Gebiß bei mäßigem Preise in einer Weise gearbeitet sei, daß postipiente Reparaturen oder gar baldige Erneuerung nicht zu erwarten stehe. Das Plombieren kariöser, überhaupt kranker Zähne, ist in allen Fällen gesetzlich zu gewähren, in welchen die Notwendigkeit desselben zur Beseitigung einer Krankheit ärztlicherseits festgestellt ist. Zum Füllen soll aber nur das billigste Material genommen werden. Mit der Behandlung können bei Zahnleidenden außer dem Arzte auch Zahntechniker betraut werden.

Was nun noch die Gewährung der Brillen und Bruchbänder anbetrifft, so ist darauf aufmerksam zu machen, daß diese auch nur gewährt werden, wenn ein ärztliches Attest vorliegt. Eintretende Kurzsichtigkeit, Weitsichtigkeit oder Schwäche der Augen, ebenso die Entstehung des Bruches ist als Krankheit anzusehen und begründet somit den Anspruch auf Lieferung der Brille oder eines Bruchbandes. Wenn der Zustand der Augen oder des Bruches sich derart ändert, daß eine andere Nummer der Brille oder eine andere Art des Bruchbandes notwendig wird, so soll dies gleichfalls als eine besondere neue Krankheit angesehen und als Heilmittel neu gewährt werden. Somit haben die Mitglieder bei gleichbleibender Krankheit direkt keinen Anspruch auf Erneuerung der Brillen oder Bruchbänder an die Krankenkassen; allerdings können die Kassen auch hier ihren Mitgliedern sehr entgegenkommen und Aufgabe der Kassendörstler muß es sein, in dieser Beziehung die gesetzlichen Bestimmungen human auszulösen.

Zum Schluß soll bei dieser Gelegenheit noch darauf hingewiesen werden, daß das Größte und Beste auf dem Gebiete der Krankheitsvorbeugung (Prophylaxe) geleistet werden kann. Zur Verhütung der Krankheiten gehört aber auch eine durchgreifende Wohnungsreform und Gewerbehygiene. Die Krankenkassen müssen Hand in Hand mit dem Gewerbeinspektor gehen, damit in die Fabriksäle und Werkstätten mehr Licht und Luft hineingebracht wird. Auf die Reinhaltung der Arbeitsräume möge ebenfalls das nötige Augenmerk ge-

richtet werden. Endlich soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß bei der Krankheitsverhütung das Einkommen des Arbeiters eine große Rolle spielt. Je größer das Einkommen, desto bessere Wohnungen können sich die Arbeiter zulegen und ferner desto bessere und kräftigere Nahrungsmittel können sie sich kaufen. Bei den jetzigen Löhnerverhältnissen, der herrschenden Preisnot und der Krise greift aber bei vielen Familien eine Unterernährung Platz und die Folge davon ist die Belastung der Krankenkassen. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, ist die Agitation zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nur zu begrüßen, zumal dadurch die Krankenkassen mit entlastet werden.

Korrespondenzen.

Cassel. Generalversammlung vom 19. Januar. Nach der Protokollverlesung teilte der Vorsitzende Kollege Sauer mit, daß sich zwei Kolleginnen krank, drei Kolleginnen und 2 Kollegen arbeitslos gemeldet haben. Er fordert ferner die Anwesenden auf, an den demnächst stattfindenden Wahlen zum Gewerbegericht sich rege zu beteiligen und der Liste des Gewerkschaftsstatutts ihre Stimmen zu geben. In seinem Bericht über die Berliner Konferenz vom 16. November kommt er auf die Casseler Angelegenheiten zu sprechen und hebt besonders die ungeschönen Bemühungen der dortigen Prinzipale hervor, unsere Zählstelle und deren Leitung in Mißkredit zu bringen. Aufgenommen wurden zwei Kolleginnen und vom Vorsitzenden willkommen geheißen. Ausgeschlossen wurde Kollegin Bernst, ein anderer Ausschluß zurückgestellt. Die Abrechnung vom letzten Kantzenhagen ergab einen Ueberschuß von 28,61 M. Die Abrechnung vom 4. Quartal wurde von den Revisoren bestätigt und der Kassiererin Kollegin Schabe Decharge erteilt. Aus dem sodann gegebenen Jahresbericht geht hervor, daß das verlossene Jahr im Zeichen der Durchführung unseres Tarifes stand. War es auch nicht so reich an Arbeit, so war es uns so lehrreicher für unsere Mitglieder. Kurz nach Ostern setzte die noch augenblicklich herrschende schwere Krise ein, welche eine Arbeitslosigkeit hervorrief, wie wir sie hier in Cassel nie kannten. Aber trotzdem ist es uns durch die Stärke unseres Verbandes gelungen, Verschlechterungen des Tarifs fernzujubalten, woran unsere Mitglieder sehen können, was eine starke und geschulte Organisation vermag. Um so verwirlicher ist daher der Feldzug der hiesigen Prinzipale gegen die Zeitung unserer Zählstelle, welche nicht zulassen wollen, daß unser Vorsitzender bei Tarifverhandlungen in den Geschäften vorstellt wird und die zu regelnder Angelegenheiten auf gutlichem Wege zu schlichten versucht. Anstatt zu helfen, den Tarif aufrecht zu halten und weiter auszubauen, nimmt man die Tarifverächter noch in Schutz und stellt unsere Leitung beim Vorstande des Deutschen Buchdruckervereins als unfähig hin. Man will jedenfalls erreichen, daß man nun offen gegen uns vorgeht, wie schon im Laufe der letzten Tage geschehen ist. Der Vorsitzende, welcher bei der Firma Mörtger vorstellig wurde, weil jede unorganisierte Kollegin oder die, welche bereit wären, aus dem Verbande auszutreten, 1 M. Zulage pro Woche erhalten, wurde einfach zur Tür hinausgeworfen mit dem Bemerkens, sich schriftlich an die Firma zu wenden. Ein nochmaliges Ersuchen an die hiesige Prinzipalzeitung, eine Aussprache stattfinden zu lassen, war ebenso fruchtlos. Aber alle diese Vorkommnisse sollen uns nicht abhalten, fest und treu zusammenzuhalten wie nie zuvor, und den Kampf immer wieder von neuem aufzunehmen. Im vergangenen Jahre fanden statt: 12 Mitglieder- und 1 Generalkonferenz, 16 Vorstands-, 3 Vertrauensleute-, 11 Partell- und 3 kombinierte Sitzungen. Verhandlungen mit den Prinzipalen wegen Nichterhaltung des Tarifes waren 16 notwendig, sowie 12 Drucker-Versammlungen. Durch den Nachweis vermittelt wurden 28 Mitglieder, 2 Stellen konnten wegen untarifflicher Bezahlung nicht besetzt werden. An Unterstützung wurde gezahlt 253,50 M. an Arbeitslose, 182,60 M. an Kranke, 30 M. an Wöchnerinnen und 20 M. an 2 in Not geratene Kolleginnen. Zum Bau des Gewerkschaftshauses wurden aufgebracht 250 M. Der Mitgliederbestand am Schluß des 4. Quartals war 16 männliche, 64 weibliche, zusammen 80 Mitglieder, somit ein Rückgang von 12 Mitgliedern gegenüber 1907. Noch ist ein Teil unorganisierter Kolleginnen im Beruf vorhanden, jedoch sind dieselben noch im jugendlichen Alter; es wird aber später gelingen, auch diese für den Verband zu gewinnen. Aus allen diesen Ausführungen ist zu ersehen, daß der Vorstand sowie die Mitglieder ihre Schuldigkeit getan haben, um alles zum

Wohle der Zählstelle zu erledigen und das bis jetzt Errungene zu halten. Nachdem der Vorsitzende die Mitglieder ersucht, auch ferner ihre Schuldigkeit zu tun und fest zusammen zu halten, aber auch im Geschäft ihren Pflichten nachzukommen, damit keine Klagen laut würden, schloß derselbe den Jahresbericht. In den Vorstand wurden sodann für das Jahr 1909 gewählt: Kollege Sauer, Vorl., Kollegin Schabe, Kassiererin; Kollege Meyer, Schriftführer; die Kolleginnen Rabinsky und Otter als Beisitzerinnen, Kollege Finis und Kollegin Meyer als Revisoren und Kollege Schuchhardt als Partelldelegierter. W. M.

Danzig. Versammlung vom 4. Februar. Nachdem das Protokoll der Versammlung vom 21. Januar verlesen und genehmigt wurde, ergriff Kollege Barwin das Wort und schilderte die bisherige Entwicklung unserer Zählstelle, unter anderem teilte er mit, daß nachdem am 28. Mai 1907 die Zentralvorstands Kollegin Thiede hier einen Vortrag über Zweck und Ziel des Verbandes hielt, die Zählstelle am 11. Juni 1907 mit 33 Mitgliedern gegründet wurde. Nachdem dann noch in ganz kurzer Zeit eine Anzahl Mitglieder dazu kamen, ging bald darauf die Mitgliederzahl wieder zurück, weil vor Gründung der Zählstelle nicht genügend vorgearbeitet war und die Kolleginnen annahmen, daß wenn sie heute beitreten, sie in allerdingster Zeit Zulagen erhielten; und so kam es, daß am Schluß des 4. Quartals 1908 die Zählstelle nur 5 Mitglieder zählte. Am Schluß seiner Ausführungen machte er noch die Masseneinteilung des Eintrittsgeldes und der Beiträge bekannt und auch die Unterstützung, die der Verband seinen Mitgliedern gewährt. Sodann sprach der anwesende Gauvorsteher des Buchdruckerverbandes, Herr Ragroski über den Stand anderer Gewerkschaften und ging dann im weiteren Verlauf seiner Ausführungen zur Organisation in unserer Zählstelle über und forderte speziell diejenigen Kollegen und Kolleginnen auf, dem Verbande beizutreten und die Stützen der Zählstelle zu werden, die schon jahrelang in unserem Berufe tätig sind. Wenn dann auch einzelne von unserem Berufe fortgehen, so können sie es mit dem Bewußtsein tun, mitgeholfen zu haben, die Zählstelle aufzubauen. Am Schluß seines Vortrages lobte den Redner reichlich Beifall. Dann sprach noch Maschinenmeister Müller über unsere Organisation und ermahnte die Kollegen und Kolleginnen, bei jeder Gelegenheit für den Verband zu agitieren. Dann wird es auch wieder vorwärts gehen. Darauf teilte Kollege Barwin mit, daß seit der Versammlung vom 21. Januar 1909 12 Kollegen und Kolleginnen beigetreten sind, sodas die Zählstelle augenblicklich 17 Mitglieder zählt und zwar 8 männliche, 9 weibliche. Nachdem er dann noch den Herren Ragroski und Müller für ihr Erscheinen danke und die Kollegenschaft ermahnte, für unsere Sache weiter zu arbeiten, wurde die Versammlung um 9 Uhr geschlossen. F. B.

Salle a. S. In der gut besuchten Versammlung am 3. Januar hielt Kollegin König-Beipzig ein Referat über die beruflichen Verhältnisse in den hiesigen Buch- und Steindruckereien. Rednerin schilderte die Lage der hiesigen Kollegenschaft und hob besonders die Zustände in der Wajenhausdruckerei und der Kopfersteinischen Papierhandlung hervor. Hier wird schlagend der Beweis erbracht, daß überall da, wo die organisatorischen Verhältnisse darniederliegen, die Arbeiter am meisten zu leiden haben. Am Schluß ihrer mit Beifall aufgenommenen Ausführungen ermahnte Kollegin König die Anwesenden, tatkräftig weiter zu arbeiten, nicht in der Agitation zu erlahmen, bis es uns gelingt, durch eine starke Organisation ein einheitliches Lohnsystem und geregelte Verhältnisse zu schaffen. Die Kassiererin teilte mit, daß der Mitgliederbestand von 40 am Ende des 3. Quartals nunmehr auf 70 gestiegen ist. Nach einigen internen Auseinandersetzungen wurde eine Kommission gewählt, die an erweiterten Vorstandssitzungen sowie an eventuellen Tarifberatungen teilnehmen soll. Ein gemütliches Beisammensein beschloß den gut verlaufenen Abend. F. B.

Söln a. Rh. Am 2. Februar fand unsere erste diesjährige Mitgliederversammlung statt. Wenn auch der Besuch derselben etwas zu wünschen übrig ließ, so war aber der Verlauf ein guter zu nennen. Unter Geschäftlichem teilt der Vorsitzende mit, daß uns die Essener Kollegenschaft zur Teilnahme an ihrem 1. Stiftungsfest eingeladen hat, was zur Kenntnis genommen wird. Weiter begrüßt er die neu eingetretenen Mitglieder und ermahnt diese, treu und fest zur Organisation zu halten und zu helfen, unseren Verband nach jeder Richtung hin zu stärken. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege O. Krumpfert einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Unser Beruf und die

Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation".
 Nedner schilderte in großen Umrissen die Entwicklung des Gewerbes bis zur Einführung der Maschine. Die Maschine, die auch im Druckgewerbe eine vollständige Revolution hervorgerufen hat, habe nicht die arbeitende Menschheit entlastet, sondern durch die sinnlose Ausbeutung seitens ihrer Besitzer — der Kapitalisten — sind immer mehr Menschenhände arbeitslos geworden und damit auch gleichzeitig brotlos. Waren an den früheren Handpressen lediglich männliche Personen beschäftigt, so wurde das mit Einführung der Schnellpresse mit einem Schlage anders. Es fand auch hier eine neue Arbeitsteilung statt. Die mechanische Tätigkeit des Anlegens wurde ungelerten Arbeitern und Arbeiterinnen übertragen. Es bildete sich auch im Druckgewerbe eine neue Kategorie, die Buch- und Steindrucker-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen. Sobald nun die Arbeiter erkannt hatten, welche Macht der Kapitalismus in der Hand hatte dadurch, daß er die Produktionsmittel, die Maschine an sich riß und wie sie das sinnlose Objekt der Ausbeutung für den Kapitalismus wurden, so versuchten sie durch Gründung der gewerkschaftlichen Organisationen, der schrankenlosen Ausbeutung und körperlichen Ruinierung einen Damm entgegen zu setzen, sich zu schützen gegen die aufreibende und anstrengende Arbeit an der Maschine. Und gar bald hatte man erkannt, daß der Einzelne machtlos sei, hiergegen anzukämpfen, daß es nur durch den engen Zusammenstoß der Arbeiter und Arbeiterinnen möglich ist, die Interessen derselben zu wahren. Während nun in vielen anderen, kleineren und größeren Druckstädten die Kollegen und Kolleginnen gar bald die Notwendigkeit der Organisation begriffen und den starken Schutz, den sie in derselben fanden, anerkannten, so ist es gerade in Köln sehr schwer, festen Fuß fassen zu können. Und das berechtigt wohl zu der Frage, ob denn die hiesigen Verhältnisse unserer Kollegen und Kolleginnen gar so glänzende sind, daß sie einer Organisation entgegen können? Da sieht es aber trotzlos genug aus! Niedrige, ganz unzureichende Löhne, in einer Anzahl Firmen längere Arbeitszeit, weder Feiertagsbezahlung noch prozentualer Zuschlag für Ueberstunden, ständlichste Ausbeutung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, wo für Anlegerrinnen im Steindruck 4 Mk. pro Woche, im Buchdruck 80 Pf. pro Tag gezahlt werden, wo man sich aber auch nicht scheut, zwanzigjährigen und älteren Kollegen zugumuten, mit 1,30 Mk. als Menschen leben zu können. Damit aber noch nicht genug, auch in anderer Hinsicht stoßen wir auf Mißstände aller Art. So werden den Kolleginnen oftmals Arbeiten zugemutet, die ihre körperlichen Kräfte bei weitem übersteigen. Gegen wir uns nun aber die Frage vor, wie es möglich war, daß ein derartiges schuchbeladenes Ausbeutungssystem so üppig gedeihen konnte, dann kann man mit Recht und ohne jede Einschränkung behaupten, daß nur das Fehlen der starken Organisation, das Zusammenstehen aller Kollegen und Kolleginnen zum geschlossenen Ganzen schuld ist. Nur vermöge der starken Organisation war es in einer ganzen Anzahl von Druckstätten möglich, Tarifverträge mit verbesserten Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Abschluß zu bringen. Was aber in jenen Städten möglich war, dürfte für Köln — mit seinen teuren Lebensmitteln und Wohnungspreisen nicht als unmöglich gelten. Aber gerade im gegenwärtigen Stadium der allgemeinen Wirtschaftskrise, wo tausende und abertausende von Arbeitern und Arbeiterinnen beschäftigungslos sind und in Not und Elend getrieben werden, wo der Vater Staat, statt zu helfen, die Wägen der Arbeiter durch Verhängung weiterer neuer Steuern auf alle Lebensmittel zu schmäleren sucht, wo das Unternehmertum in solchen Zeiten durch willkürliche Ausnutzung ihrer Macht besteht ist, weitere Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen herbeizuführen, muß die gesamte Kollegenchaft ganz von selbst zu der Ueberzeugung der Organisationsnotwendigkeit gelangen. Wenn man aber weiß, daß eine wesentliche Besserung solcher Verhältnisse nicht aus selbst kommt und auch nicht von der Gutmütigkeit der einzelnen Unternehmer zu erwarten ist, dann ist es nur noch ein kleiner Schritt zur Erkenntnis, daß wir uns aufraffen und das, was uns nicht von selbst in den Schoß fällt, erringen müssen, und zwar einzig und allein mit Hilfe der starken Organisation. Jeder Kollege muß Agitator sein, die Sämnigen aufrütteln und für unsere Ziele und Bestrebungen zu begeistern suchen. Nur in vereinter Kraft und gemeinsamer Arbeit liegt die eroberende Macht. Gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Indifferenzismus muß für jeden, der es mit den Interessen der Arbeiter ehrlich meint, die Parole lauten: Ob

Mann oder Weib, ganz gleich, alle sind wir Arbeitsflaven und haben gemeinsam unter dem brutenden Joch der kapitalistischen Ausbeutung zu seufzen. Deshalb tue jeder seine Pflicht. In der Debatte sprach Kollege Meyer in zustimmendem Sinne und erludte seine Kollegen noch insbesondere, die Ausführungen des Referenten zu beherzigen. Nicht einzelnen Kollegen sollten wir die Arbeit überlassen, sondern alle, die wir den Weg zum Verbandslande finden, müssen ebenfalls mit Eifer bestrebt sein, die uns noch Fernstehenden dem gleichen Ziele näher zu bringen. Es wurde dann Kollege Johann Stüttgen zum Ortskassierer, an dessen Stelle als Schriftführer der Kollege Meyer, als Beisitzerin die Kollegin Worringer gewählt. Kollege Arennds beantragte noch, die künftigen Versammlungen zwecks der Agitation 14-tägig stattfinden zu lassen. Dieser Antrag wurde bis zu der im Anfang März stattfindenden Versammlung zurückgestellt, da ja infolge des Karnevals an eine Versammlung im Februar nicht mehr zu denken sei. Zum Schluß forderte der Vorsitzende nochmals auf, für recht regen Besuch der Versammlungen und der weiteren Stärkung unseres Verbandes zu wirken. **A. M.**

Meh. Am 26. Januar tagte hier im Gewerkschaftshaus eine gutbesuchte Versammlung der Buchdrucker-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, in welcher Kollege Raß-Frankfurt das Referat übernommen hatte. In seinem nahe 1 1/2-stündigen Vortrag über das Thema: „Welche Vorteile bringt uns der Tarif und wie führen wir denselben ein?“ wies der Referent nach, daß die Verhältnisse in Meh mit der traurigsten sind und daß die Arbeiter-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen sich unbedingt fest zusammenschließen müssen, um die allgemeinen Bestimmungen durchzusetzen, die schon seit dem 1. Januar 1907 mit dem Vorstand der Prinzipalsorganisation abgeschlossen wurden. Es liege nur an den Kollegen selber, diesen Bestimmungen hier Geltung zu verschaffen. Selbstverständlich würden die hiesigen Prinzipale ihren Arbeitern diese Abmachungen nicht auf dem Präsentierteller entgegenbringen, denn so human sind sie hier doch nicht. Alles müsse man sich erkämpfen und deshalb sorge jeder dafür, daß er seinen Nebenkollegen auf den Wert der Organisation aufmerksam mache und es solle niemand verzagen, wenn auch nicht gleich bei dem ersten Versuch dieselben sich für den Eintritt in den Verband bewegen ließen; denn nur durch Ausdauer kämen wir zum Ziel. Der reiche Beifall, welcher dem Referenten am Schluß seiner Ausführungen zuteil wurde, bewies, daß derselbe den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. In der Diskussion wurde auf einige hiesige Druckereien hingewiesen, wo wir trotz der regen Agitation noch nicht einbringen konnten und zwar nur deshalb, weil in der einen, der Buchbinder, welcher früher auch Mitglied seiner Organisation war, die Kolleginnen vor dem Verband warne und mit allerlei Lügen hausieren gehe, welche niemals zutreffen, und in der anderen Druckerei soll die Angst vor dem allgewaltigen Herrn Faktor, welcher früher selbst Verbandsmitglied war und jetzt gewissermaßen nicht mehr weiß, wie es ihm früher gegangen ist, die Leute davon zurückhalten. Dieser Herr hat wahrscheinlich Angst, daß wenn alle Kollegen organisiert sind, er nicht mehr so auftreten kann, wie er es jetzt tut, und wenn der Tarif zur Einführung käme, es den Kollegen so üppig gehen würde. War doch noch vor nicht allzu langer Zeit erst es dem Buchdruckerverband möglich, in diese Druckerei voll und ganz einzudringen. Aber trotz der Machinationen dieser beiden Herren werden wir nichts unversucht lassen, auch in diese Offizinen einzudringen, denn es gilt unserer gerechten Sache zum Siege zu verhelfen. Nachdem noch fünf Renonnahmen gemacht wurden, schloß der Vorsitzende die interessant verlaufene Versammlung. Über unseren Kollegen möchte ich zurufen: Jeder sei ein Agitator und es wird nicht allzu lange dauern, bis wir auch hier unseren Tarif zur Einführung bringen, denn nur die Einigkeit macht stark. **A. M.**

Schwabach. In überfüllter Versammlung am 1. Februar wurde die hiesige Zahlstelle gegründet mit 46 Mitgliedern. Zum Vorsitzenden wurde der Kollege Obermeier, zum Kassierer Kaltenecker gewählt, als Schriftführer der Kollege Hoffmann und die Kolleginnen Schwarz und Sprohmänn als Beisitzerinnen. Revisoren wurden Hoffmann und Knapp. Kollege Reckling-Mürnberg, der die Versammlung leitete, ermahnte die Anwesenden, stets tren zur Organisation zu halten, die Verwaltung nach Kräften zu unterstützen, damit die junge Zahlstelle sich in Bälde noch weiter entwickle und kräftige. Die Vertreter des Steindruckerverbandes

richteten ebenfalls ermunternde Worte an die Versammlung und gaben ihrer Freude Ausdruck, daß es endlich gelungen sei, das Hilfspersonal unserer Organisation zuzuführen. Für ihre rege Mitarbeit und Unterstützung in der Agitation sei ihnen auch an dieser Stelle bestens gedankt. **R. N.**

Trier. Am 25. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die leider so schlecht besucht war, daß der ersehene Gauleiter Kollege Raß-Frankfurt a. M. seinen Vortrag nicht halten konnte. An Stelle des Vortragenden führte er den anwesenden 6 Hilfsarbeitern und 7 Mitgliedern der verschiedenen graphischen Berufe vor Augen, daß auch in anderen Städten unsere Organisation mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen muß, um den Indifferenzismus zu beseitigen. Ebenso muß es in Trier möglich sein, die Kollegenchaft aufzurütteln, damit auch ihr die Segnungen einer starken Organisation zugute kommen. Er appelliert an die Erschienenen, den Mut nicht sinken zu lassen und mit tatkräftiger Agitation für das endliche Aufblühen der Zahlstelle zu wirken. Kollege Schmid dankte besonders den Buch- und Steindruckern für ihre Unterstützung und bewuerte die Interessenlosigkeit der Hilfsarbeiterschaft; denn diese ist es, welche an der traurigen Lage schuld ist. Nachdem vier der Anwesenden ihren Beitritt erklärten, schloß Kollege Schmid mit einem kräftigen Schlußwort die Versammlung.

Zwickau. Am 28. Januar fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die unter einem recht ungünstigen Zeichen stand. Undurchdringlicher Nebel hüllte unsere Schwanenstadt ein. Kein Wunder, daß da der Besuch zu wünschen übrig ließ. Kollege Franz Hermann-Dresden hatte das Referat übernommen. Nedner wußte in seinen 1 1/2-stündigen Ausführungen die Zuhörer vollständig zu fesseln, schilderte eingehend die wirtschaftliche Lage des Hilfspersonal und legte den Anwesenden ganz besonders ans Herz, nicht etwa durch solch kleine Misserfolge den Mut zu verlieren. Auch die kleine Schar Kämpfer in Zwickau, die bis jetzt mutig das Banner der Organisation getragen, unbeflümmert der schweren Entwicklungskämpfe, die die Zahlstelle durchzuführen sollte, wird größer werden, und dann wird auch das ganze Verbandsleben im Orte in ruhigere Bahnen geleitet werden. Ohne näher auf das Referat einzugehen, müssen wir gestehen, daß wir gewünscht hätten, Kollege Hermann hätte es vor einer zahlreicheren Zuhörerchaft halten können. Im Sinne des Referats beteiligten sich an der Diskussion die Maschinenmeister Müller, Seiß und die Kollegen Wehnert, Knoll und Anderleit. Mit großer Gemühtung können wir konstatieren, daß die alte Streitigkeit zwischen uns und den Maschinenmeistern begraben ist. Eine besondere Freude war es, als ein alter Veteran des Buchdruckerverbandes, Maschinenmeister Seiß, der unlängst sein 40-jähriges Verbandsjubiläum feierte, das Wort nahm: „Aussharren im Kampfe für die Organisation und dessen eingedenk sein: Was du jetzt tust, tust du für deine Erben, und diese werden es zu Dank wissen.“ Nach einem kräftigen Schlußwort fand diese imposante Versammlung ihr Ende. — Und nun, Kollegen und Kolleginnen, auf zum frischen, fröhlichen Kampfe für die Organisation. Einzeln sind wir nichts, vereint alles. Das soll in Zukunft unsere Losung sein. **R. M.**

Literatur.

„Der Naturarzt“. 37. Jahrg., Nr. 2 (Ausgabe 152 000). Hdb.: Dr. med. Schönberger und W. Siebert. Exped.: Berlin SW. 11. Preis jährl. 3 Mark. Einzel-Nr. 0,30 Mk. Aus dem Inhalt: Dr. med. Silber: Die Kervennot unserer Zeit (Fortsetz.). Dr. med. Winkler: Das Samenobst (Fortsetz.). — Dr. med. Schönberger: Striktrose. — Dr. med. Gisela Purtsch: Der Morgenspaziergang. — Beilage für Frauen: Klara Mache: Naturgemäße Schönheitspflege (Fortsetz.). — Dr. med. Schönberger: Die Schwämmchen. — Menstruationsbinde. — Kind und Alkohol. — Aus der Gesundheitsküche.

In Freien Stunden. Heft 4 ist erschienen und bringt die Fortsetzung des spannenden Romans „Neuilworth“ von Walter Scott sowie der Erzählung aus der russischen Revolution „Sommerjahre“. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pfennig. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolportage sowie direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.